

Beschlossener politischer Rahmenantrag des Landesparteitag DIE LINKE. NRW am 10./11.Juli 2010

Die LINKE in NRW wird die Politik verändern - wir bringen die Verhältnisse zum Tanzen! Der Kapitalismus spaltet die Gesellschaft und zerstört die Demokratie!

Nur noch knapp 60 Prozent der Wahlberechtigten haben bei der Landtagswahl in NRW am 9.Mai 2010 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Egal wer regiert, es wird immer eine Minderheitsregierung sein. Eine Karte der Bereiche mit der geringsten Wahlbeteiligung ist zugleich auch ein Atlas der Orte mit der größten Armut, der sozialen und kulturellen Ausgrenzung. Immer mehr Menschen fühlen sich vom politischen System und seinen RepräsentantInnen ausgegrenzt und ohnmächtig. Wahlen, so hat es ein Fernsehkommentator nach den Europawahlen im letzten Jahr festgestellt, werden immer mehr zu einem Ereignis, das zunehmend von älteren, gebildeten Menschen mit gesichertem Einkommen wahrgenommen wird. Die Landtagswahlen 2010 haben dies einmal mehr bestätigt. Diese Auflösung der demokratischen Fundamente der Gesellschaft ist die eine Seite der Medaille, deren Gegenstück in den letzten Monaten gleichfalls täglich erfahrbar war:

Rettungsprogramme für die Banken und Versicherungen, das Eurostabilisierungsprogramm und die wachsende Zahl von „Notverordnungen“ einer getriebenen Regierung werden direkt von Konzernzentralen und Finanzoligarchen diktiert, an den Parlamenten vorbei, und die Regierungen dürfen nur noch das bekannte „Es gibt keine Alternative“ verkünden. Der Kapitalismus zerstört die Demokratie, und gerät er in die Krise, dann werden als erstes die politischen Institutionen, gewählte RepräsentantInnen und sozial-integrative Einrichtungen und Vereinbarungen entmachtet oder ganz geopfert. Wahlenthaltung ist kein politischer Protest, ein linker schon gar nicht, aber sie ist eine Zustandsbeschreibung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ausgrenzungsprozesse. DIE LINKE hat diese Zerstörung der Demokratie auch im Wahlkampf stets angeprangert. Unsere Gesellschaftsanalyse wird auch in den Landtagswahlen von NRW bestätigt. Aber freuen können wir uns darüber nicht.

Wir finden uns nicht damit ab, dass sich immer mehr Menschen nicht an der Wahl beteiligen, weil sie sich von der herrschenden Politik nicht mehr vertreten sehen, die nur noch die Interessen der Vermögenden bedient. Die grundlegende Verunsicherung und Sorge um materiell gesicherte Lebensperspektiven wirken längst über die unmittelbar von Erwerbslosigkeit, Hartz IV und sozialer Ausgrenzung direkt Betroffenen hinaus bis in die Mittelschichten. Deswegen wollen wir Erwerbstätige und Erwerbslose, Studierende, sozial Ausgegrenzte und Benachteiligte gleichermaßen ansprechen. Ebenso werden wir es auch nicht akzeptieren, dass Menschen ohne deutschen Pass politische Rechte, allen voran das Wahlrecht, verwehrt werden.

Die LINKE ist da, und sie wird bleiben!

Wir haben mit 5,6 Prozent und 435.000 Stimmen den Einzug in das Düsseldorfer Parlament im ersten Anlauf geschafft. Damit ist in den Landtag des bevölkerungsreichsten Bundeslandes zum ersten Mal seit 1954 wieder eine Kraft links von der SPD eingezogen, für unsere junge Partei ein nicht nur in Deutschland beachteter politischer Erfolg.

Der Wahlkampf der anderen Parteien war langweilig und oft nicht unterscheidbar. Aber in einer Frage waren sie sich alle einig: DIE LINKE muss aus dem Parlament herausgehalten werden. Kein „Argument“ war zu blöde und kein Diffamierungsversuch zu peinlich, um DIE LINKE zu verteufeln. Ein Großteil der Medien griff diese niveaulosen Angriffe der anderen Landtagsparteien völlig undifferenziert auf, einige Medien schlossen sich diesen Angriffen in ihren Kommentarspalten ungeniert an. Wie heißt es so schön bei Paul Sethe, einem früheren Herausgeber der FAZ: „Die Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 Leuten, ihre Meinung zu verbreiten“.

Es hat alles nichts genutzt. DIE LINKE ist mit 11 Abgeordneten im Landtag vertreten und ihr Auftrag ist im Wahlkampf eindeutig definiert worden: Sie werden nicht nur den Vollzug der Politik der anderen Parteien stören, die allesamt ohnmächtig der Krise zusehen und für den massiven Sozialabbau verantwortlich sind. Sie werden nicht nur die Abgeschlossenheit des Parlaments jedes Mal durchbrechen, wenn wieder gegen die Interessen der „kleinen Leute“ Politik gemacht werden soll. Sie werden Initiativen für eine sozial gerechte Politik, für einen sozial-ökologischen Umbau und zur Rolle Nordrhein-Westfalens als Friedensstandort starten und gemeinsam mit außerparlamentarischen Bewegungen ihre Umsetzung einfordern. Sie werden die Interessen der Lohnabhängigen und sozial Ausgegrenzten konsequent vertreten sowie den Gewerkschaften, den Sozial- und Umweltverbänden und den sozialen Bewegungen eine Stimme im Parlament geben. Unser Ziel, den Einzug in den Landtag, haben wir erreicht. Wir müssen sofort und ohne irgendwelche taktischen Rücksichten beweisen, dass es sich lohnt, uns gewählt zu haben, und dass es sich noch mehr lohnt, uns weiterhin zu wählen. Wir müssen glaubwürdig bleiben.

Hannelore Kraft von der SPD hat in den Sondierungsgesprächen ungewollt eine Wahrheit ausgesprochen: Die Wahlprogramme müssten nach der Wahl einem Realitätscheck unterzogen werden. So werden heute Wahlbetrügereien angekündigt. Für DIE LINKE gilt, wir sind vor allem in dieser grundsätzlichen Haltung anders. Wir kämpfen nach der Wahl so wie vor der Wahl für unsere Forderungen. Verbogen wird nichts – nicht die Inhalte und nicht das Personal.

Eine Mehrheit, die nicht gewollt ist

Das zahlenmäßige Wahlergebnis hätte ab dem 10. Mai eine gemeinsame neue Politik von SPD, Grünen und der LINKEN möglich gemacht. Viele Menschen haben dies erwartet. Aber was sich bereits im Wahlkampf, wie auch durch das Verhalten von SPD und Grüne auf Bundesebene und in anderen Bundesländern, gezeigt hat, ist diese zahlenmäßige Mehrheit von SPD, Grüne und LINKE politisch nicht gewollt. Die so genannten Sondierungsgespräche wurden von SPD und Grüne nicht als Auftakt für Gespräche über einen Politikwechsel in NRW begriffen, sondern als weiterer Akt des Wahlkampfes. Sie wollten die Gespräche und eine Zusammenarbeit mit der

LINKEN nicht und haben in einem absurden Theater hastig Gründe zusammenschustern wollen, dies ihren AnhängerInnen zu verkünden. Selbst Hannelore Kraft hat inzwischen zugegeben, dass die SPD am Scheitern der Sondierungsgespräche nicht unschuldig war. Sigmar Gabriel hat noch in der letzten Woche bewiesen, dass die SPD kein Interesse an einer Zusammenarbeit mit der LINKEN hat. Die Ausgestreckte Hand der LINKEN wurde ausgeschlagen. Ein Oppositionsgipfel von SPD, Grünen und LINKE ist nicht gewollt. Das politische Ziel der SPD ist und bleibt, dass DIE LINKE vor der SPD den Kniefall übt. Die SPD hat bis heute nicht überwunden, dass die Gründung der LINKEN die Antwort auf die Agendapolitik auf der einen und die Andienerei an die Reichen und Konzerne der Schröder/ Fischer Ära auf der anderen Seite war. Für SPD und Grüne ging es vor und nach dem 9.Mai nicht um einen politischen Aufbruch. Sie haben stets mit den Optionen gewedelt, die sie jetzt beliebig ausloten. Wenn es zahlenmäßig passt, dann machen sie eben mit der CDU oder der FDP Mehrheiten. Was scheren sie ihr Wahlprogramm, ihr Wahlkampf, die Sorgen, Nöte und Hoffnungen ihrer Wählerinnen und Wähler, wenn es um Beteiligung an den Fleischtöpfen der Macht geht?

DIE LINKE will im bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik einen grundlegenden Politikwechsel im Interesse der abhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen und der Rentnerinnen und Rentner. Die Grünen aber wollen die WestLB privatisieren, SPD und Grüne wollen Personal im öffentlichen Dienst abbauen.

Den Politikwechsel aus der Opposition vorantreiben

SPD und Grüne haben erst nach langwierigen Sondierungsgesprächen und langem Zaudern beschlossen, eine Minderheitsregierung in NRW zu bilden. Wir wollen durch unsere Stimmhaltung bei der Wahl der Ministerpräsidentin den Regierungswechsel ermöglichen. DIE LINKE NRW wird SPD und Grüne aber zukünftig nur bei Anträgen unterstützen, die den Politikwechsel widerspiegeln. Ein solcher Politikwechsel bedeutet: keine Privatisierungen, kein Personal- und Sozialabbau und die Durchsetzung spürbarer Verbesserungen der Lebenssituation für die Mehrheit der Menschen in NRW.

Der Koalitionsvertrag von SPD und Grünen ist insgesamt kein wirkliches Zeichen für einen tatsächlichen Politikwechsel. In NRW, wo nach der ideologischen CDU/FDP "Privat vor Staat" Politik ein neuer Aufbruch angesagt wäre, bleibt vieles zaghafte. All zu viel bleibt zudem nebulös und unklar oder ist in Formelkompromisse sowie Prüfaufträge verklausuliert oder wird in andere Zuständigkeiten wie Gerichte oder auf den Bund verlagert. Selbst im Wahlkampf klar verkündete Ziele, wie die Abschaffung der Studiengebühren werden so z.B. zu einem "schnellstmöglichen Ausstieg aus den Studiengebühren", und in eine relativ unbestimmte Zeitachse verschoben.

An der LINKEN in NRW wird ein grundlegender Politikwechsel nicht scheitern. SPD und Grüne müssen aber jetzt Farbe bekennen, ob sie die "Privat vor Staat" Politik der neoliberalen Rüttgers Regierung fortsetzen wollen, und wie sie den Politikwechsel in schwierigen finanziellen Zeiten konkret umsetzen wollen.

Die dramatische Haushaltslage braucht vor allem klare Antworten zur Einnahmeverbesserung. Durch Bundesratsinitiativen müssen höhere Steuern für Reiche und ein Entschuldungsfonds, noch deutlich besser ausgestattet als es der NRW-Koalitionsvertrag vorsieht, so für Städte und Gemeinden auf den Weg gebracht werden. Ein Politikwechsel lässt sich nur durch konkrete Finanzierungsmaßnahmen realisieren. Weder bei der SPD noch bei den Grünen sind zur Zeit diese klaren Maßnahmen erkennbar. Insbesondere Frau Kraft aber auch die Grünen werden sich entscheiden müssen, ob sie, wie in der Vergangenheit, weichgespülte Anträge stellen und damit Angebote in Richtung CDU und FDP machen oder mit der LINKEN einen wirklichen Politikwechsel durchsetzen wollen.

Eine blinde Gefolgschaft der LINKEN wird es bei Entscheidungen nicht geben. DIE LINKE NRW wird sämtliche Vorschläge der Minderheitsregierung ablehnen, die Privatisierungen, Personal- oder Sozialabbau bedeuten. DIE LINKE NRW wird insbesondere jeden Haushalt ablehnen, der Einsparungen zulasten der Mehrheit der Menschen oder sozial Benachteiligter beinhaltet.

Sparmaßnahmen von SPD und Grünen werden wir dem von Frau Kraft selbst angekündigten "Realitätscheck", u. a. am Maßstab ihres eigenen Programms, unterziehen. Wir werden als LINKE immer wieder selbst durch klare Anträge und Gesetzesinitiativen Akzente setzen im Sinne unseres Politikverständnisses. Damit haben wir auch bereits direkt begonnen. Mit allein 10 Anträgen und Initiativen in dieser ersten Sitzungsperiode. Das zeigt klar: Die LINKE im Landtag ist gut aufgestellt und handlungsbereit.

Mit uns könnten sofort die Studiengebühren und die Kopfnote abgeschafft, ein neues Personalvertretungsgesetz und ein neues Ladenschlussgesetz verabschiedet werden. Wir werden jeder Maßnahme, die auch in unserem Wahlprogramm steht, sofort zustimmen, wie wir bei jeder anderen Politik „Nein“ sagen werden. Wir werden es uns aber nicht nehmen lassen, öffentlich und durch die Mobilisierung der Betroffenen, auf die Halbherzigkeit von SPD und Grünen bei vielen Themen hinzuweisen, wie die Terminfrage bei der Abschaffung der Studiengebühren, den Umfang der Schulreformen oder das Ausmaß der Beschäftigtenrechte im öffentlichen Dienst. Damit wäre wenigstens teilweise der Wille der WählerInnen vom 9. Mai umgesetzt worden. Wir brauchen deswegen auch keine Neuwahlen, nach dem Motto „So lange wählen, bis das Ergebnis stimmt“. Wir wollen einen Politikwechsel – und dafür haben schon diese Wahlen einen klaren Auftrag gegeben.

Wir werden uns mit konkreten Projekten in die Politik einmischen. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbänden, sowie den sozialen Bewegungen, der Frauen und der Friedensbewegung werden wir die Mobilisierung gegen das gerade mit den ersten Vorhaben verkündete Kürzungsprogramm der Bundesregierung, gegen die Kopfpauschale im Gesundheitswesen und gegen die Rente erst ab 67, gegen die verantwortungslose Atompolitik und gegen jede Fortsetzung und Ausweitung der Militarisierung der Politik unterstützen. Auf der Straße und im Landtag, in den Stadträten und im Bundesrat darf es aus NRW keine Zustimmung für diese Politik geben. Wir werden jederzeit ein offenes Ohr haben für die Anliegen der Menschen in NRW und werden sie ermutigen, ihre

Interessen selbst und solidarisch gegenüber den Regierenden zu vertreten. Nur wenn alle mitmachen und mitreden können und dies auch tun, gibt es Opposition.

Für eine breite gesellschaftliche Opposition gegen die Krise!

DIE LINKE ist eine Partei der Mitglieder. Die SPD und die Grünen konnten deshalb in den Sondierungsgesprächen ihren Unwillen, mit so einer Partei zusammenzuarbeiten, kaum besser ausdrücken als mit der unverschämten Forderung, wir sollten unsere parteiinterne Demokratie abkürzen und auf außerparlamentarische Aktionen gegen Regierungsmaßnahmen verzichten. Am besten sollte es, ginge es nach SPD und Grünen, wohl so wie in der alten DDR funktionieren oder besser nicht funktionieren. Wir werden in der Opposition zeigen, dass es anders geht. Wir werden so bald wie möglich, und dann in regelmäßigen Abständen immer wieder, zu einem großen Ratschlag mit Gewerkschaften, Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbänden, sowie den sozialen Bewegungen, der Frauen und der Friedensbewegung einladen, um unsere Vorschläge der Diskussion zu stellen und uns neue Anregungen, ja, auch Aufträge, für die Arbeit im Landtag zu holen.

Wir streiten für eine radikale, sozial-ökologische Alternative zu Niedriglohnpolitik, Sozialabbau und Umweltzerstörung. Unsere Linie ist klar: Die ganze Richtung passt uns nicht. Wir wollen kein vermeintlich „gerechteres Sparen“, sondern eine Abkehr von der Politik, die nur Besserverdienenden, Großunternehmen und Banken nützt. Wir wollen dabei Kreis- und Ortsverbände befähigen, zur dauerhaften Aktivierung und Selbstorganisation von Menschen in benachteiligten Stadtteilen und Lebenssituationen beizutragen. Neben der Mitarbeit in Bündnissen und zentralen Mobilisierungen wird der Landesvorstand beauftragt, phantasievolle, öffentlichkeitswirksame dezentrale Aktionen zu entwickeln, die von städtischen wie ländlichen Kreisverbänden unserer Partei umgesetzt werden können.

DIE LINKE muss als Partei noch viel mehr zur Opposition fähig werden. Wir müssen in den Kommunen, in Betrieben, Universitäten und in sozialen Bewegungen breit verankert sein und jedes unserer Mitglieder muss dort als vertrauenswürdige/-r MitstreiterIn und IdeengeberIn Anerkennung finden. Wir beteiligen uns und initiieren überall Bündnisse gegen die massive Verarmung und Überschuldung der Kommunen, wie es in mehreren Orten in NRW schon begonnen wurde. Wir haben in unserem Wahlprogramm und vielen kommunalen Programmen konkrete Forderungen entwickelt, um die materielle Basis einer wirklichen kommunalen Selbstverwaltung zu erweitern. Für diese Forderungen werben wir in den Bündnissen und konzentrieren darauf unsere kommunale Arbeit als Partei.

Der Landesverband wird sich dafür einsetzen, den Menschen Appetit auf öffentliches Eigentum zu machen. Die Grundversorgung der Menschen in allen lebenswichtigen Bereichen muss dem Profitprinzip entrissen werden. Wir müssen negative Erfahrungen der Menschen mit Verwaltung und Bürokratie ernst nehmen und gleichzeitig mit konkreten Projekten und Aktionen deutlich machen, dass Privatisierung keine Lösung, sondern Diebstahl öffentlichen Eigentums ist. Wir werden öffentliches Eigentum verteidigen, wo es durch schleichende Privatisierung bedroht ist, wie wir uns für Rekommunalisierung bereits privatisierter Unternehmen der Daseinsvorsorge einsetzen. Wir klären auf allen Ebenen darüber auf, wie

negativ die Bilanzen und was die tatsächlichen Hintergründe von bereits erfolgten Privatisierungen, „private-public-partnerships“ und „Cross-Boarder-Leasing“ sind. Öffentliche Unternehmen müssen gleichzeitig demokratisiert werden, damit sie zu wirklichen Bürgereinrichtungen werden.

Die Fraktion der LINKEN im Landtag und der neu gewählte Landesvorstand werden sich auf transparente und verbindliche Strukturen einigen, die ein kontinuierliches Zusammenwirken ermöglichen. Unser Landesverband legt großen Wert auf die weitgehende Trennung von parlamentarischen Mandaten und Parteifunktionen. Wir wollen eine dem Mitgliederwillen verpflichtete Parteiführung und eine enge inhaltliche Verzahnung der Arbeit von Partei und Fraktion. Das gilt auch auf kommunaler und regionaler Ebene. Insofern wird der Landesvorstand gleichzeitig die Vernetzung mit den Kreisverbänden sowie den vielen Rats-, Kreistags- und Regionalparlamentsfraktionen, die seit der Kommunalwahl 2009 entstanden sind, intensivieren.

DIE LINKE macht Lust auf Widerstand

Der Landesvorstand erarbeitet in Abstimmung mit der Landtagsfraktion und den Gremien der Partei Initiativen für einen Politikwechsel in NRW. Ohne DIE LINKE und ohne außerparlamentarischen Druck wird es in NRW keine grundlegenden Verbesserungen für die Mehrheit der Menschen geben. Das haben die letzten Wochen und nicht zuletzt der Koalitionsvertrag von SPD und Grünen deutlich gemacht. Unser Ziel ist, bei der nächsten Landtagswahl noch stärker zu werden. Das Ziel der anderen Parteien, uns handzahn zu machen und so aus dem nächsten Landtag herauszuhalten wird nur dann nicht aufgehen, wenn DIE LINKE sich tief in der Gesellschaft verankert und jeder und jeder weiß: Ohne DIE LINKE wird es in NRW keine soziale und ökologische Politik geben!

Darum werden wir in den nächsten zwei Jahren an folgenden Punkten konsequent ansetzen:

- Wir müssen die gesellschaftliche Verankerung der Partei verstärken. Das gilt sowohl für die aktive Teilnahme aller Mitglieder und die Verbreiterung unserer Kontakte zu Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Initiativen, Vereinen und Verbänden, als auch für die enge Zusammenarbeit mit den Menschen, die direkt von der herrschenden, asozialen Politik betroffen sind.
- Bei Wahlen muss DIE LINKE den Menschen Mut machen, uns als Alternative zur herrschenden Politik zu wählen. Deshalb bleiben wir anders als die anderen Parteien. Darum heißt es für uns: mehr werden! Darum arbeiten wir in den Straßen, vor den Betrieben, mit den Menschen gemeinsam für eine andere Politik!
- DIE LINKE arbeitet vor Ort miteinander. Unser Ziel ist nicht, dass MandatsträgerInnen in Aktenbergen verschwinden und der Partei verloren gehen. Kreisvorstände und Fraktionen arbeiten Hand in Hand für einen Politikwechsel vor Ort. Sie mobilisieren Widerstand und wissen: ohne den Druck der Straße verändern wir im Parlament gar nichts – oder uns selbst!
- Das gilt auch für die Zusammenarbeit zwischen Landesverband und Landtagsfraktion. Eine enge Abstimmung und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Fraktion mit dem Landesvorstand und dem Landesrat auf der Grundlage eines klaren Primats der Partei

bei allen grundsätzlichen Entscheidungen ist für uns selbstverständlich. Vor allem die Fraktion fordern wir auf, ihre Möglichkeiten gemeinsam mit der Partei und nicht für die eigene Profilierung zu nutzen.

- DIE LINKE wächst! Bei der nächsten Kommunalwahl wird die Zahl der Genossinnen und Genossen noch größer werden. Darauf müssen wir uns vorbereiten: nicht nur in den Kommunen, sondern auch im Land. DIE LINKE tritt an, die gesellschaftlichen Verhältnisse zugunsten der Mehrheit der Menschen zu verändern. Dazu gehört für uns auch, dass wir bereit sind, zu regieren. Auf dem Weg dahin kämpfen wir dafür, dass Politik so gestaltet wird, dass nicht nur ausgewählte Gruppen der Gesellschaft die Möglichkeit haben, Regierungsämter zu übernehmen. Das gilt nicht nur allgemein, sondern auch in der eigenen Partei.

Der Aufbau einer mitgliedernahen Parteistruktur, die sowohl für gemeinsame politische Kampagnen als auch für die Interessen der Menschen, die auf uns ihre politische Hoffnungen setzen, taugt, wird der Schwerpunkt der nächsten Zeit sein. Wir werden als Opposition – im Landtag und außerhalb – viel bewirken, viel bewegen.

Bildung für Alle!

Der hohe Anteil an Neumitgliedern und die Nachfrage bei den bisherigen Mitgliedern machen einen Ausbau und eine bessere Erreichbarkeit der innerparteilichen Bildungsangebote notwendig. Wir wollen unsere Mitglieder motivieren, sie mobilisieren und für Politik begeistern; mit einem Angebot für Alle. Der neue Landesvorstand wird aufgefordert, gemeinsam mit den LAK und AIZ, den parteinahen Bildungsträgern, dem KoPoFo, dem LAK innerparteiliche Bildung und interessierte Genossinnen und Genossen ein Bildungskonzept zu erstellen, das ein flächendeckendes breites Bildungsangebot landesweit für alle Mitglieder, nach ihren Interessen und Stärken ermöglicht.

Das Bildungsangebot soll den Mitgliedern auf der einen Seite grundlegend Kenntnisse der Parteistrukturen vermitteln und auf der anderen Seite den programmatischen Diskurs ermöglichen und auf inhaltlicher Ebene vorantreiben.

Perspektivisch soll die Bildungsarbeit ermöglichen, dass alle interessierten Parteimitglieder die Programmatik der Partei kennen, unterschiedliche Auffassungen und Vorstellungen als Möglichkeit und nicht als Grenze erkannt werden. Wir wollen eine Partei, in der jede und jeder politisch aktiv werden kann. DIE LINKE. NRW ist eine Partei, in der ein fruchtbarer Meinungsstreit willkommen ist. DIE LINKE. NRW ist eine pluralistische Partei, in der demokratische Entscheidungen akzeptiert werden, Minderheiten eine Stimme haben. Ein respekt- und kulturvoller Umgang ist für uns selbstverständlich. Wir arbeiten transparent, solidarisch und verantwortlich miteinander in allen Gremien der Partei und mit Sympatisantinnen und Sympasanten außerhalb der Partei zusammen!

Für eine lebendige Programmdebatte!

Der Landesverband unterstützt die Debatte zum Grundsatzprogramm der LINKEN in den Kreisverbänden und organisiert bis rechtzeitig vor dem Programmparteitag der Bundespartei

Ende 2011 mindestens fünf programmatische Foren, in denen schwerpunktmäßig die Themen der Programmdebatte verhandelt werden.

Die Programmdebatte soll nicht Ausdruck von Strömungsinteressen sein, sondern jedem Mitglied die Möglichkeit eröffnen, unterschiedliche Sichten und Denkweisen kennen zu lernen und sich eine eigene, fundierte Meinung zu bilden. Dazu gehört für uns, dass die Programmdebatte alle Meinungen in der Partei zu Wort kommen lässt und vor allem außerparlamentarische Initiativen einbezogen werden.

Wir wollen die Programmdebatte nicht im „eigenen Saft“, sondern an den Interessen der Menschen und den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realitäten führen. Dazu gehört auch, dass wir nicht eine Debatte im Osten und eine Debatte im Westen führen, sondern gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen aus Ost und West diskutieren. Auch hier gilt: unsere Unterschiede sind unsere Stärke und unsere Gemeinsamkeiten größer, als es die Medien meinen lassen!

Fragen der Geschlechtergerechtigkeit, unterschiedliche Sichtweisen und Lebenszusammenhänge sind selbstverständlicher Teil der Diskussion um das neue Programm der LINKEN. Menschen mit oder ohne Parteibuch, mit oder ohne großen politischen Erfahrungshintergrund sollen Spaß daran haben, mit uns zu diskutieren um einen neuen Gesellschaftsentwurf auf den Weg zu bringen.